

Geheint täglich
nachmittags mit Aufnahme der
Sonn- und Feiertage.

Monnatspreis
monatlich 50 s. 1/4 jährh. 1.50 s.
vierteljährh. frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“
(Anzeigensabonnent) durch
die Post nicht beschickbar, kostet
monatlich 10 s., 1/4 jährh. 30 s.

Volkshlutt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißfels-Zeit,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volkshlutt Halle.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 157

Freitag den 9. Juli 1897.

8. Jahrg.

Was wird Herr von Stumm dazu sagen?

In allgemeinen, so schreibt die Verl. Volkshlutt, gerichtet in einem großen Teile des deutschen Publikums die Ansicht vor, daß es doch zu recht eigentlich nur die bösen Sozialdemokraten bezu. die ganz links stehenden Parteien sind, die den „richtigen“ Ton zu finden wissen im Kampfe der Arbeiter gegen die Großindustrie. Da ist es denn nicht uninteressant, auch einmal im entgegengekehrten Lager auf einen Mann zu stoßen, der aus seinem Herzen seine Widerergabe macht und so hübsch von der Leber weg spricht in einem Ton, dem gegenüber der gewöhnliche Stül der sozialdemokratischen Presse sich wie matte Limonade ausnimmt. So lesen wir in einem sonst ganz harmlosen Wandertuch von Aug. Trinius: „Die Vögelin in Wort und Bild“, Karlsruhe 1. 8., S. 10: „Elaß ist vielleicht eines der ältesten Kulturländer im Deutschen Reich. Unter diesem gelegenen Himmelstrich offenbart schon in frühesten Tagen dieser Gauen der kostbaren Schatz seiner Erde. Seit einem Jahrhundert hat sich Elaß aber auch zu einem Industrieland ersten Ranges emporgeschoben. Nirgend in Deutschland laufen vielleicht so viele Räder, klappen so viele Webstühle, als in den Spinnereien und Webereien des Elaß.“

Nach einem kurzen Wort des Bedauerns über den „häßlichen Vögelstanz“, den dies jetzt am Tage der Fabriktreiben dem Wasengraße selbst und seinen romantischen Tälern in den Augen des „ätherischen“ Menschen giebt, des Wanderers, der aus hämmender Waldesnacht und schwärzender Bergeshöhe gegen Abend hinstarrt“, fährt der Verfasser fort:

„Die ersten Anlagen dieser Art waren Gründungen selbstlicher Menschenfreunde, welche vor ein paar Menschenjahren damit eine Reihe betrauten, weitverbreiteter Waldgemeinden Unterhalt, Kultur und Bildung zugleich brachten. Das darf nie vergessen werden. Dann aber kam die Unternehmungslust. Die Spekulation auf Gewinn bemächtigte sich dieser. Der und das Holzgewinnsmaterial des Gebirges nicht mehr langte, so zog man aus dem eigentlichen Waldland viel Tausende weißer Sklaven herüber, die nur, eingesperrt in Dunit und Läm, von morgens ein abends für das Trodneneiseln der Herren arbeiten mußten, die sich neben dem flammenden, qualmen- den und lauzenden Fabrik-Getöse, wie die prächtigen Schloßler hingekerkelt haben, durch deren verdorbene Barschütter man hineinbildet in ein Waldesreich von Schönheit und Macht, auf breitenwäldigen Paläde, aus Sandstein und Kalkmor gemauert, auf stauischen Brunnnen, um deren springende Wasserfälle sommerlange Mauern, Zierbänke und andere herrliche Baum- und Strauchgruppen bewachende Däse wehen.“

Wir möchten dieses Schlußwort des Herrn v. Stumm zur Verfügung stellen, durch welches er seine Ansicht ohne Zweifel dahin erweitert wird, daß bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit im Volk „gehört“ und „gewünscht“ wird, „Reid und Lustbeide“ geht und „geschürt“ wird nicht von sozialdemokratischen „Lautschreien“ in Volkswortsammlungen vor „unmündigen“ Handweifen, nicht zur von „unmündlichen“ Professoren in Waldorten, vor eben zur Denkreise gelangten Substraten“, sondern daß auch „gutzugelante“ Leute nicht einmal Duld machen vor dem obersten Beamten des Reiches. Ist doch das Buch, von dem wir reden, seinem geringeren gewöhnlich, als — einer Durchlaucht dem Reichsfinanzler, Glöckner, Fürsten zu hohenlohe-Schillingfürst. Wird Herr v. Stumm nicht für die Seele des Fürsten zittern?

„Gnade!“

In Shakespeares König Richard II. steht die Mutter eines jungen hochgeborenen Hochverrats den König um Gnade für ihr Kind, ihren Liebsten an. Sie preist in begeisterten Worten dieses Verbrechen der Krone, und in England wird die ergränzende Szene, um so mehr mit einer Art religiöser Andacht angehört, als sie mit der Begnadigung des jungen Anstands endet.

Die Krone hat das Recht der Begnadigung, und sie mag es haben, so lange die menschliche „Recht“spruchung menschlichen ... Reitermann ausgeht ist

Daß die Krone das Recht der Begnadigung hat, weiß ein jeder, der hier und da eine Zeitung zur Hand nimmt: Duellmörder, gewaltthätige Polizeibeamte, ja vornehme Wüstlinge, sie werden begnadigt. Dagegen haben wir nichts: es ist ein „Recht“ der Krone. Außerdem wissen wir ja, daß der Träger der Krone nur auf Befehlwortung seiner Räte, besonders der Herren Ersten und gewöhnlichen Staatsanwälte begnadigt.

Da die Krone in solchen Fällen immer gut beraten ist, steht dahin; daß selbst unangenehmste „Königsstrenge“ Blätter hier und da heuchelt werden, ist eine bekannte Thatsache.

Wie die Begnadigung erfolgt, welche Mittel ein unglücklicher Gefangener hat, sein Gehör zu der höchsten Stelle zu bringen, weiß man nicht. Ganz unmissend ist man in dem Punkte freilich nicht: der Prozeß Wahl vor dem Reichsgericht hebt einen Apfel des verurteilenden Schleiers.

Wer ist Wahl? — ein „Vertrauensmann“ in Hannover, eine Art Winkelnotulent, der sich rühmt, Begnadigungsgelände zu seiner für die Betreffenden wie für ihn selbst sehr

erfolgreichen Spezialität gemacht zu haben. Am 26. März hatte er vor dem Landgericht in Silbesheim unter der Anklage des Betruges geklagt, war aber freigesprochen worden; er hatte also nicht gelogen, als er behauptete, er habe Beziehungen zum Geheimen Zivilkabinett des Kaisers und zu dem Justizministerium und könne Vergünstigungen herbeiführen.

Bei Aineburg wohnen nämlich in einem Dorfe zwei Brüder, Hofbesitzer Diers, mit ihrem Vater, dem Wäfler. Alle drei waren wegen Körperverletzung zu längerem Gefängnis verurteilt. Sie wandten sich an Wahl, und wurden aus der Haft beurlaubt. Wahl hielt eine Vergünstigung für unmöglich, dagegen glaubte er, einen weiteren Urlaub erlangen zu können. Für seine Vermählung erhielt er auf seinen Wunsch von jedem der Brüder 500 M. vom Alten 250, zusammen 1250 M.; außerdem hatte jeder Bruder für jeden Monat Strafe, der ihm erlassen, 100 M., der Alte 50 M. zu zahlen. So bezog Wahl weitere 700 M.; den Kaufboldenschein erkaufte er im Gnadenwege etwa drei Monate ihrer Strafe erlassen worden zu sein.

Wie ist das möglich? Wahl hat in Berlin einen Geheimen Oberfinanzrat zum Bruder. Die Staatsanwaltschaft beantragte, die „Frelenzen“ Hoffmann und Lucanus zu vernehmen; das Gericht ... aber den Antrag ab.

Schließlich sollte das Reichsgericht entscheiden. Und es hat entschieden: es verwarf die Revision des Staatsanwalts. Wahl ist endgültig freigesprochen. „Weier Richter“, rief einst Schloch, als der Richter ihm recht gab.

Wahl ist also unschuldig, in seinem Rechte; für seine unübigen Drangsalierungen mußte er nach unferen Anschauungen vom Staate womöglich eine Entschädigung erhalten. Oder wird ihm kein schmerzhaftes Geschäft schadlos halten? Jedemfalls kommt der nicht in die Lage, seine Ränke an seinem eigenen Leibe versuchen zu müssen!

„Gnade!“ Wir wären froh, wir bräuchten keine! Wir könnten sie entbehren, wenn wir unser volles Recht hätten! Ein „volles, gerichtet und geschüttelt“ Maß, ein überlaufendes Maß“ von Gerechtigkeit im Sinne des Volksbewußtseins. Dann bräuchte Gerechtigkeit, der „Reineidige“, dann bräuchten unsere Preisrichter, und manche andere nicht hinter Kerkermauern aber die Kästel des Lebens nachzusehen. Dann bräuchte nicht gebeten, gebittet zu werden; dann bräuchte wir nicht „Almosen“ und „Christliche“ Liebe ... wir hätten eben unser Recht!

Tagegeschichten.

Wiquel und das Reichstagswahlrecht. Als noch eine Generalbevollmächtigung des Herrn v. Wiquel für die gelamte innere Politik in Preußen und im Reiche zugleich in Frage stand, oder vielmehr, nachdem diese Form des verstärkten Wiquelischen Einflusses bereits festgestellt war, um nachher wieder verlassen zu werden — zu dieser Zeit hat, wie die Berliner Abendpost zuverlässig überführt, Herr v. Wiquel auch Gelegenheit genommen, Anknüpfen über das Reichstagswahlrecht zu verlaubaren, Ansichten, die zu Absichten werden dürften in einem künftigen Reichsregierungsprogramm. Herr v. Wiquel ist kein Freund des geltenden Reichstagswahlrechts, richtet aber die Hauptkonzepte seiner Anträge nicht gegen das allgemeine, sondern gegen das gleiche Wahlrecht, welches er durch ein System der Abstufungen ersetzt sehen möchte.

Von Tausch. Mit dem Disziplinarverfahren gegen den ehrenwerten Kommissar v. Tausch ist es noch gute Weile. Vorläufig ist er verbannt auf Urlaub gegangen. Ob ein Disziplinarverfahren gegen ihn einleiten ist, soll erst geprüft werden, wenn der Minister des Innern und der Polizeipräsident v. Windheim von Urlaub zurückgekehrt sein werden. Angesichts dieser sonderbaren und ohne Beispiel dastehenden Behandlung eines Beamten, dem die schwersten Disziplinarvergehen nachgewiesen worden sind, darf man es dem Volke nicht verübeln, wenn sich bei ihm die Ansicht festsetzt, daß Tausch in erster Linie seine Freisprechung dem verbannt, was er nicht gelang hat.

Eine neue Art Majestätsbeleidigung konstruiert die Kom. Korresp. Sie ärgert sich über die Zweifel, die die Oppositionsblätter in die Fähigkeit des Herrn v. Bobbiest legen und sagt:

„Solche Kritiken, zu denen doch hauptsächlich alle vollen Unterlagen fehlen, sind einfach widerständig, sie grenzen insofern an Majestätsbeleidigung, als die Blätter, die sich dergleichen anmaßen die Urteilskraft des Majestäts des Kaisers anzuweisen.“

Das ist doch wohl zum Lachen. Ebenso gut könnte man dann jede Kritik der Handlungen eines Ministers oder der Regierung zu einer Majestätsbeleidigung stampeln, denn die Berufung durch den Kaiser bleibt immer bestehen, gleichviel, ob man die Fähigkeitigen anweist oder ihre Handlungen kritisiert. Ebenso wäre jede Kritik an einer Gesetzesvorlage

Inspektions-Ge
betragt für die 5 Meister,
Beteiligte über deren ...
16 s. für Wohnung ...
Bereins- und Verammlungs-
angehen 10 s.
Im reaktionellen Zeile
kostet die Seite 60 s.
Inferate für die fällige
Kammer müssen spätestens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Ver-
setzungsliste unter Nr. 789a.

oder an einem Geheh Majestätsbeleidigung, dem beide haben die Genehmigung des Kaisers gefunden. Es ist getraut zur Manie geworden, jede tabulide Besprechung von etwas, was auch nur entfernt mit irgend einer Handlung des Kaisers in Zusammenhang gebracht werden kann, zu einer Majestätsbeleidigung zu stampeln. Das ist ein Gehehr in unferem öffentlichen Leben, das von einer engen moralisch-politischen Krankheit zeugt.

Au den Nationalliberalen herum zu wackeln lassen sich die konservativen Blätter jetzt anlegen sein. Sie hoffen, dadurch die zur Durchbringung des Vereinsgesetzes erforderliche Mehrheit noch zusammen zu bringen. So schreibt die Nordd. Allg. Ztg.:

„Wie wir erfahren, wird demnächst eine Kundgebung der reichlich-weißlichen Großindustrie zu gunsten der Annahme des Vereinsgesetzes durch das Abgeordnetenhaus nach den Beschüssen des Herrenhauses an die Öffentlichkeit treten. Bis zum Tage der Abstimmung werden sich die Bemühungen, das nötige halbe Duzend Nationalliberalen zum Umfall zu bewegen, wiederholen und steigern. Ob sie fest stehen werden? Wer weiß! Wer möchte dafür trotz der hübsigsten Erklärungen der führenden Parteimitglieder und Parteiorane garantieren wollen? Die Nationalliberalen allein jetzt, was sie seit zwei Jahrzehnten getan haben. Aber eins ist sicher: Wenn sie auch diesmal das Rheuma in die Kriegelste bekommen, wenn sie auch diesmal unanzugeln, dann ist die Partei weggewirgt und ausgelöscht für immer. Und die Wirkung des Gesetzes? Man wird mit seiner Hilfe die Sozialdemokratie penigen, aber man wird die Sozialdemokratie nicht bezwingen. Aus zu vielen stark prävalenden Quellen wird der Wannen der Sozialdemokratie gefüllt, als daß der Durell jemals versiegen könnte. Die stetige Kraft unserer Idee läßt sich durch Chicanen und Verdore nicht bezwingen.“

Heil ist den treuen Unterthanen von Lippe widerfahren. Die fürstliche, schredliche Zeit ist vorüber. Das Schiedsgericht hat die Ansprüche des Grafen Ernst zu Lippe-Biesterfeld auf den Thron als berechtigt anerkannt und die seines Nebenbuhlers zurückgewiesen. Die alten Lippeischen Unterthanen wissen nun wieder, wenn sie die Treue zum angestammelten Fürstenhause zu bewahren haben. Friede und Ruhe wird wieder in die Seelen der wackeren Philister einziehen.

Västerns Wahlregelung. Der Vastor Paulien in Hellevar hat zur Zentenarfier auch einen Festgosedienst abhalten müssen und hierbei gesagt, daß er nicht der blutigen, trierischen Thaten des Kaisers denken wolle; mancher sei heute im Deutschen Reiche, der das Gotteshaus berrete, der es sonst weide; es lie besser, wenn er auch heute der heiligen Stelle fernbliebe. Daraufhin hatten nationalliberale Blätter gemeint, „daß dieses unerhörte Vorgehen des Geistlichen der scharfsten Abnugung hofentlich nicht entgegen werde.“ Die Anrechtlosen haben jetzt das Bewußtsein, daß ihre Demunziation Erfolg gehabt hat, denn nunmehr ist Vastor Paulien seines Västerns als Lokalhauptmann von der Regierung entbunden worden.

Das war vor 100 Jahren. Aus dem letzten Lebensjahre Friedrich des Großen ist ein recht lehrreiches, von ihm ausgefertigtes Schriftstück erhalten geblieben. Dasselbe ist am 4. Mai 1788 an den Geheimen Rat von Taubenheim gerichtet, welcher dem König den Vorschlag gemacht hatte, die Gehaltsbezüge mehrerer Unterbeamten noch weiter herabzusetzen. Der König schrieb ihm:

„Ich danke dem Geheimen Rat von Taubenheim für seine gute Gesinnung und seinen ökonomischen Rat. Ich finde aber selbigen um so weniger acceptabel, da die armen Leute jener Klasse schon ohnehin zu kümmerlich leben müssen, da Lebensmittel und alles andere jetzt so teuer ist, und dieselben einer Verbesserung, als einen Abzug haben müssen. Insofern will ich doch seinen Plan und die darinnen enthaltene gute Gesinnung in soweit acceptieren und jenen Vorschlag an Ihm selbst erst einmal probieren und zur Ausführung bringen, und Ihm dierelbst jährlich 1000 Thaler von seinem Traktament mit dem Vorbehalt abziehen, daß er sich über's Jahr wieder melden und mir berichten kann, ob dieser Ent und Abzug seiner eigenen hässlichen Einrichtung vorteilhaft oder schädlich sei. Im weiteren Falle will ich ihm von seinem Gehalt, aber ebenso unbedenklichen Traktament von 4000 Thalern wiederum einen Abzug konstatieren und daselbe auf die Hälfte herunterlegen und bei dieser seiner Berührung und Befätigung Seine ökonomische und patriotische Gesinnung loben und auch bei Anderen, die sich die erhalt melden werden, diese Verfügung in Applifikation bringen.“

Auch eine Freisprechung. Vor dem Militärbezirksgericht zu Würzburg hatten sich am Dienstag der Sergeant Elias Cangler und der Unteroffizier Karl Babus des 5. Chev.-Reg. in Zweibrücken zu beantworten, weil sie am 20. März, nachdem auf sie in einer Wirtshaus von einigen

ken) mußte sich am vergangenen Sonntag mit Wasser begießen. Dem Kantinenwirt war vom Gendarm ausdrücklich jede Verabreichung von Spiritu und Brannt unteragt worden, obgleich die Konzeption auf ungesetzlichen Kaufstand während der Prozessdauer, und die Wichtigkeit dieser auch Sonntags unbenutzt betriebenen wurde.

*) Nachdem die parlamentarische „Schonheit“ für Beschäftigte, die zugleich Meßschlagsangehörige sind, mit dem kürzlich erfolgten Schluß der Saison zu Ende gegangen, haben manche unier Gewerkschaften die Beschäftigten, die in diesem Sommer zu thun. Es hatte Genosse Schmidt, Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, dieser Tage Vernehmung wegen zweier gegen ihn anhängiger Klagen und in einigen Tagen ist er noch wegen sechs weiteren Klagen vernommen worden.

*) Der frühere Redakteur des „Pfeiler“ Victor Engels, Genosse Süßkind, war angeklagt, den Regierungspräsidenten von Schleswig-Flensburg verächtlich zu haben. Die Vernehmung wurde ergriffen, daß der Regierungspräsident das Vergehen des Eismehner Arbeitervereins als eine „politische Veranlassung“ verboten hätte, weil die Kommunistenleitung mehr als dem sozialdemokratischen Verein angehört. Dieses Vergehen war als partiell bezeichnet worden. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis, der Gerichtshof verurteilte die Urteilserfindung auf Sonnabend.

Parteienfragen.

— Unsere „Selbstverwaltung“. In Niederhasslau, einem kleinen Orte im Vogtland, war ein sozialdemokratisches Gewerkschaftsmitglied gewählt worden. „Wohinweislich“ fragte die Behörde hierüber die „Selbstverwaltung“, und nicht einmal, sondern mehrmals. Der Gemeindevorstand Herrmann aus Oelsnitz war an Stelle des nichtbestätigten Gewerkschaftsmitglieds gewählt, und — lebte ab. Was nun? Und die Wahlbehörden gehen von neuem los.

— Die Verhaftung des Genossen Süßkind wegen Meinungs wurde am Mannheim dieser Tage gemeldet. Die Sache hat durch ihre Gestaltung gefunden, daß Süßkind am Mittwoch wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Der Fall lag folgendermaßen: Vor einigen Wochen erschien in der Volksstimme ein Artikel, worin die Vorgänge bei einer Urteilsberatung des Mannheimer Gewerkschafts geschildert wurden. Der Verdacht, diese Vorgänge dem Verfasser des Volksstimmen-Artikels, als welcher sich Süßkind bekannt gemacht zu haben, lenkte sich auf die zwei von den Arbeitnehmern gewählten Gewerkschaftsmitglieder. Gegen diese wurde eine Untersuchung wegen Antisemitismus eingeleitet. In dieser Untersuchungssache sagte Süßkind auf keinen Fall aus, daß die Weigerung ihm das Material zu dem Artikel, als welcher er hätte, mehrere Wochen lang verweigert worden, daß Süßkind sein Material hauptsächlich den betreffenden Gewerkschaftsmitgliedern zu verdanken habe. Darauf trat die Verhaftung ein. Die Grundlosigkeit der Behauptung ergibt sich aus der Wiederfreisetzung Süßkinds.

— Zur Vandalisation. In Rosenheim (Südbayern) waren sozialdemokratische Arbeiter, die die Arbeiter-Kassette, wie sie lautet, um über die nächsten Reichstagswahlen zu beraten. Wie aus den Situationsberichten zu entnehmen war, jetzt hat selbst in den fast rein ländlichen Bezirken Oberbayerns ein sehr erfreulicher Fortschritt nicht nur in der Ausbreitung, sondern auch in der richtigen Erfassung der sozialistischen Ideen. In der letzten Zeit sind mehrere hundert Arbeiter, die sich der bairische Bauern- und Arbeiterbund unter Dr. Kieners Führung ergreifen, in der Oberbayern-Region, liegt es in der Natur der Sache, daß die Erweiterung über die Stellung unserer Partei zur Bauernbewegung in Vordergründe der Beratungen stand. In dieser Richtung ergaben sich im Laufe der Diskussion wesentlich folgende grundsätzliche Ansichten.

Die Lösung der ländlichen Bevölkerung von den reaktionären Parteien, ihre Auffassung über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände und Triebkräfte, sowie ihre Gewinnung für sozialistische und demokratische Bestrebungen, ist vor allem in Bayern, eine ihrer wichtigsten Aufgaben der Partei und ihre Förderung mit allen Mitteln zu erstreben.

Der Sozialismus ist keine bloße Parteibühnen der Arbeiterklasse im engeren Sinne, sondern ein Endziel ist die Befreiung aller Unterdrückten; er ist daher nicht ein Gegner, sondern der natürliche Feind aller Unterdrückten, der Kapitalisten, der Ausbeuter und die staatliche Unterdrückung.

Die arbeitende Arbeiterbewegung und eine selbständige Bauernbewegung dürfen daher einander nicht entgegenarbeiten, sondern haben gegen die gemeinsamen Feinde zusammenzuwirken.

Die Bauernbewegung ist eine selbständige, die ländlichen Bauern und der Bauernschaft zu bezeugen, wenn letztere auch auf dem linken Gebiete der Politik nicht gleich über alle den rechten Weg finden können und vielfach der notwendigen Klarheit ermangeln.

Nach Inhalt und sehr anregender Debatte wurde einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt: Unter voller Wahrung der Selbstständigkeit der Partei werden die oberbayerischen Genossen die Beziehungen des Bauernbundes in dessen Versammlungen unterstützen, soweit diese Beziehungen ihren Grundgedanken entsprechen, unparteiisch und vorurteillos prüfen und sich bei der Entscheidung der Sache zu entscheiden, soweit es die Interessen der Bauern und Arbeiter Einfluß zu gewinnen können.

— Sozialistischer Parteitag für die Lombardier. Am Sonntag fand in Mailand der lombardische Parteitag statt. Die Verhandlungen geben ein Bild der Arbeiterverhältnisse und der Arbeiterbewegung hier zu Lande und sind daher von allgemeinem Interesse. Man kann erwarten, daß die Agitationen der sozialistischen Partei durch die Lombardier, die Agitationen wegen Mangels an Geldmitteln eine bedeutende.

Zur Arbeiterbewegung.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Streik der Wälder Holzarbeiter, steht in ein neues Stadium zu treten. Die angehängten Verhandlungen mit dem Reichsfabrikanten-Verein sind resultatlos verlaufen. Namentlich hat der Arbeiterverband die Anwesenheit in die Hand genommen. Die 9% hündige Arbeitszeit, die von uns gefordert und von der großen Mehrheit der Wälder Holzarbeiter bewilligt wurde, soll auf den Wäldernfabriken auf keinen Fall eingehalten werden. Umzumachen geben die Herren zu, nur die 7% und 8% hat sie ab, daß andere Punkte unterm Beispiel folgen würden, jedoch der Streik für uns hierigeh verlassen sollte.

Alle arbeitenden Holzarbeiter werden zum Abdruck geben.

Der Zentralverband der Dörfer haben sich nunmehr die Leiter von Berlin als geschlossen. Die Streitigkeiten zwischen der Reichsfabrikanten-Verein und dem Zentralverband, die auf die deutsche Arbeiterbewegung von unangenehm Einfluß waren, dürften durch diesen Beschluß als beendigt angesehen sein.

Der Streik der 26 Zigarrenarbeiter der Rheinischen Fabrik in Weimar dauert fort. Unterhaltungen sind zu finden an Job Semmler, Briesen, 3.

Der in Hamburg bestehende Verband der Eisenarbeiter Deutschlands lehnte die Gründung eines neuen eigenen Verbandes ab und behielt die Selbsthaltung des vom Vorigen herausgegangenen, die vierhundert einundzwanzig Reichspostenblätter.

Die am 1. Mai noch in Hannover bestehenden Diamantfleischervereine und Diamantarbeiter, aufgenommen in den Verband, werden wieder reaktiviert. Der Verband forderte die vollständige Wiedereinstellung der Status quo ante frigen Standpunktes, das ist abgeben von den Lohnen für die Befähigung seines Rechts, aber die Annahme von Bedingungen seinerzeit absolute Zustimmung zu treffen. Die Arbeitgeber erklärten sich außer Stande, diese Forderungen anzunehmen, zu der ferneren diesjährige Entscheidung, die die Forderungen des Status quo ante frigen Standpunktes der Arbeitgeber nicht arbeiten zu wollen erklärten.

Die Schmelzwerke des Mannheimer sind bei einer Anzahl von Anwesenheiten heute in Streik eingetreten. Die Arbeiter hatten die gestellten Verhandlungen nicht mehr eingeleitet.

halten und den erst gemeinschaftlich gestifteten Arbeitsnachweis gegenüber den organisierten Geschäften einzuführen.

Aus dem Ausland.

Belgien. Ein Streik fünfjähriger Bergarbeiter scheint in Aussicht zu stehen. In einem ausgedehnten Bergarbeiterstreik nimmt eine sehr erste Wendung, denn es ist zu befürchten, daß ein Gesamtaustritt aller belgischen Bergarbeiter in allen vier Provinzen des Landes in Klüt, Charleroi, Mittelbeden und Mons ausbricht. Gestern fanden im Beden Mons vier von belgischen Arbeitern beauftragte Verhandlungen statt, die die Durchschiebung des Ausstehens beschloß wurde. Im Auftrag sprach der sozialistische Bürgermeister Bepin und fünfjährige die Hilfe der kooperativen Genossenschaft für die Ausständigen, in Jemappes trat der sozialistische Abgeordnete Brenes für den Ausstehen ein, in Frameries war der Sozialistführer Marotte der Hauptredner und in Bois de Conju sprach der Direktor der kooperativen Genossenschaft Denbal. Dieser erklärte, daß alle Bergarbeiter Belgiens die Arbeitsordnung angenommen und sich bei 10000 Fr. Strafe verpflichtet haben, sie anzuschließen. Es wurde angesetzt, in welchem der vier Kohlenbeden die Arbeitsordnung zuerst fundgehen werden sollte. Das Los fiel auf das Beden Mons. Der sozialistische Beauftragte bestätigte heute alle diese Angaben und kündigt an, daß die Bergarbeiter des ganzen Landes wie ein Mann sich gegen die Ansprüche der Bechen erheben werden. Wegen des Ausstehens der Bergarbeiter in der Provinz Antwerpen wurde ein Streik ausgerufen.

Italien. Der Streik der Erntearbeiter bei Arezzo ist beendet, da sich die Grundbesitzer in die Forderungen der Arbeiter fügten.

Spanien. Über 5000 Bergarbeiter sind in Bilbao in den Ausstehen getreten. Es ist kein Lohnkampf oder das Verlangen nach Befristung der Arbeitszeit, was die Arbeiter zum Streik getrieben hat, sondern die Forderung der von ihnen gewählten Stadträte. Bei den letzten Stadtratswahlen wurden in Bilbao drei Sozialisten gewählt. Die Provinzialregierung bestätigte die Wahlen; aber eine königliche Order erklärte sie für nichtig — eine Partei, an die man in Spanien — zu sehr gewohnt ist. Man erwartete ein Aufstehen der Arbeiter, die die Bevölkerung Bilbao's und die gesamte spanische Bevolkung auf Seiten der Arbeiter stellt.

Rußland. Die Arbeiterbewegung in Finnland ist in gutem Fortschritt begriffen. Eine ganze Reihe Arbeitervereine sind in letzter Zeit durch die Organisationen erreicht und erreicht worden. So erwidert die Arbeiter in also den Festhalten und die Behauptung. In Trammereis war ein 70 Arbeiter umfassender Streik der Lederarbeiter zu verzeichnen, der 14 Tage dauerte. Er bezweckte hauptsächlich die Beteiligung eines Direktors, der die Arbeiter in schlimmer Weise brutalisierte. Der Streik endigte mit dem völligen Siege der Arbeiter. Der Direktor wurde entlassen. Die Arbeiter bildeten nach beendeter Zeit einen Gewerkschaftsorganisation, da sie noch nicht organisiert waren. Zur Zeit schwebt ein großer Schmelzstreik.

Schweden. Der große Streik der Metallarbeiter in Malmberg ist beendet. Dieser Streik, der von nicht organisierten Arbeitern begonnen wurde und dem erst später die Organisationen beitrug, dauerte mehrere Monate und umfaßte viele hundert Arbeiter. Wenn das große Malmberg-Streik nicht beendet worden wäre, hätte die Arbeiter in einer Kommission zu verhandeln, dann verhandeln die Arbeiter in erster Reihe den Unterhaltungen, die ihnen von auswärts zugehen, da sie selbst nicht genützt waren, und dem Umstände, daß das Malmberg-Werk wegen der dortigen starken Wohnbevölkerung anders Arbeiter überhaupt nicht bekommt. Selbst von den bisherigen sind während des Streiks viele abgereist.

England. Nachdem in London die Arbeitgeber 25 Prozent der Metallarbeiter entlassen, hat der Metallarbeiter-Bund beschlossen, auch alle übrigen Metallarbeiter für ausständig zu erklären.

Lokales und Provinzielles.

Falle a. Z., 8. Juli 1897.

* Die feinste Blüte der Unternehmer-Humanität. Vor einigen Tagen haben die Arbeiter der Halleischen Maschinenfabrik ihre „Dividende“ ausgehändigt erhalten in Beträgen zwischen 26 und 160 M. Da nicht nur die bürgerlichen Blätter diese sogenannte „Gewinnbeteiligung der Arbeiter“ als die feinste Blüte der Unternehmer-Humanität hinstellen, sondern da selbst viele Arbeiter, wie leider zu sagen werden muß, noch nicht das schäbliche Wesen dieser die Augen blendenden Einrichtung klar erkannt haben, so erscheint es notwendig, sie zu besprechen. Was ist's also mit der Dividenden-Beteiligung der Arbeiter? Wir wollen das Urteil gleich vorwegnehmen: Es ist der blutigste Schwindel, der raffinierteste Trick des Unternehmertums, unter dem Deckmantel der Humanität die raffinierteste Ausbeutung und die vollständige Verelendung und Verfallung der Arbeiter herbeiführen zu können. Alle anderen „humanen“ Veranstaltungen des Unternehmertums — mag man die Errichtung von Volkskassen annehmen oder die Erhaltung von Arbeiterhäusern, die Zügel-Spremlagen oder die Fabrikkassen, die Fabrikfeste oder sonst eine der vielen „gemeinnützigen“ Einrichtungen — keine einzige von ihnen vereinigt in sich so vollkommen, so meisterhaft, so raffiniert geschickt alle Momente der auf die Verfallung der Arbeiter abzielenden Bestrebungen, wie die „Gewinnbeteiligung der Arbeiter!“ Wie arbeitserfreundlich, wie entgegenkommend, wie human, wie gerecht das klingt: „Gewinnbeteiligung der Arbeiter!“ Und wie fuchselig, wie hinterlistig ist das Ding nur, zumal in der Praxis, die für die Halleische Maschinenfabrik ausgedacht worden ist.

Die Arbeiter erhalten nämlich in verschiedenen Abteilungen so viel mal 1/3, Karf, als die Aktionäre Prozent Dividende erhalten. Da für das vorige Geschäftsjahr, das mit Ende März abschloß, den Aktionären 40 Prozent Dividende ausbezahlt worden sind, beträgt der Einheitslohn der Gewinnbeteiligung der Arbeiter 40 mal 1/3, = 53/3, M. Aber nur bis zum Jahre in der Praxis hätte gemeint, es, erhält sie bis zum vorigen Jahre, die Hälfte dieses Einheitslohnes, 26 2/3, M., was ein bis zwei Jahre da war, erhält den vollen Einheitslohn, bei 53 bis dreijähriger Tätigkeit gibt es den doppelten Einheitslohn und bei über dreijähriger Arbeit den dreifachen. Schon diese Steigerung der Prämien beweist aufs Harste, worauf es ankommt. Man will den Arbeiter an die Fabrik fesseln; man will in ihm das Bewußtsein, daß er überall eine Arbeitskraft an setzen kann, wenn es ihm an einer Stelle nicht mehr behagt, er lösen. Und mit der Erbitung dieses Bewußtseins bricht man ihm das proletarische Rückrad. Alles andere kommt dann von selbst. Fühlt sich der Arbeiter erst einmal dem Unternehmer verpflichtet, fühlt er sich erst an ihn gefest, so muß er willig alle andere in den Kauf nehmen, was ihm geboten wird, die aufwendende Überstunden, die verwilligte und verwilligte Akkordarbeit, das Verbot, sich off und frei an den proletarischen Bestrebungen zu beteiligen, die brutalen Strafen bei kleinen Vergehungen gegen die Fabrikordnung,

die gar nicht selten brutale Behandlung durch einzelne Meister, die ganz beträchtlichen Lohnstrafen bei neuen Akkorden; er muß sich dem einfach schimpflichen Brange des Arbeitsnachweises des Industriellen-Verbandes fügen; kurzum: ist ein Arbeiter erst einmal längere Zeit in einer Dividendenbeteiligung beschäftigt, dann giebt es für ihn in leicht kein Fortkommen mehr. Die Neueingetretenen bleiben da, weil sie in den nächsten Jahren die doppelte und dreifache Dividende zu erwarten haben, d. h. wenn sie nicht hinausgeworfen werden, und die Alten bleiben da, weil sie nicht ihre 100 oder 160 M. einbüßen wollen. Sie empfinden zwar das Drückende ihrer Lage, sie müssen zwar, daß die „Gewinnbeteiligung“ nichts weiter ist, als ein Honigkuchen, der inmerlich das Gift des Sklaventums birgt, aber sie können nichts mehr dagegen thun; sie sind vollständig eingekerkert. Dabei erhält sich der Unternehmer natürlich vollständig freie Hand. Er kann jederzeit den Arbeiter entlassen.

Aber wird wir nicht eracht? Sehen wir nicht viel leicht zu schwarz? Lagt uns die Sache unterliegen! — Warum ist die Höhe des Gewinnanteils nach dem Arbeitsalter bestimmt und nicht — was doch viel natürlicher wäre, entweder nach dem Alter der Arbeiter oder nach Güte und Menge der geleisteten Arbeit? Wird denn nicht gerade in der Halleischen Maschinenfabrik das Evangelium von der alleinigmachtenden Akkordarbeit gepredigt? Der Fleißige müsse mehr verdienen als der „faule“, der Läßtliche mehr als der Unthätige, heißt es. Warum gießt man da nicht auch dem Fleißigen und dem Thätigen mehr Dividendenbrände in den Rauf als dem „faulen“ und „Unthätigen“? Nun, die Lösung ist sehr einfach: Eben weil der „Gewinnanteil“ lediglich zur Erreichung der oben angegebenen Zwecke bestimmt ist. Die „Gewinnbeteiligung“ der Arbeiter sollte seine Erfüllung, die Lösung der Arbeiter heißen. Das Unternehmertum hat es jederzeit verstanden, für eine schlechte Sache eine anmutige Bezeichnung zu erfinden.

Und wieder davon ist denn wirklich Gewinn? Der in den anderen Städten jetzt übliche Gewinnanteil für gelehrte Metallarbeiter beträgt 45 bis 50 Pf und mehr. Niedrigere Löhne kommen in größeren Städten und in den sogenannten leistungreichen Branchen nicht häufig vor. Dabei arbeiten die Leute ruhig ihre Stunden ab und bringen sich nicht durch Überarbeit und durch den Treibenakord sehr bis zwanzig Jahre vorzeitig in das Grab. Es mag nun einmal nachgedrungen werden, auf wie hoch sich der Stundenlohn in der Halleischen Maschinenfabrik stellt. Bei allen durch Akkord erzielten Löhnen muß ein entsprechender Prozentsatz abgezogen werden, etwa 20 Proz., wie das üblich ist, es man in die verbleibende Summe mit der geleisteten Stundenzahl dividiert, um die Höhe des Stundenlohnes zu erfahren. Wir meinen, bei sehr vielen Arbeitern und Arbeitern stellt sich dann ein wesentlich geringerer Stundenlohn heraus, als oben angegeben wurde. Als Beispiel für die stille Lohnhöckererei wird uns angegeben, daß noch vor einigen Jahren in der Halleischen Maschinenfabrik für eine Bleueinstange 34 M. gezahlt worden sind, während jetzt der Preis auf 28 M. steht. Wir wissen darüber nichts Näheres, aber es würde ja nicht schwer sein, eine verzelebende Tabelle aller Preise von früher und jetzt zusammenzustellen. Worin besteht also in Wirklichkeit die „Gewinnbeteiligung“? Darin, daß man fortwährend den Arbeitern einen Teil ihres Lohnes vorenthält und es ihnen dann nach Jahresfrist auf der Humanitätsplatte ferner als Geschenk darbringt. Sind in die Tagen, weiter nichts! Und diese Komodie müssen die Arbeiter mit ihrer proletarischen Unabhängigkeit befehlen und mit ihrer Bewegungsfreiheit. Sollte das nicht ein sehr schlechter Handel sein? Dem Unternehmertum kann man es nicht verdenken, wenn es sich auf so wohlfeile Weise mit dem Goldflutergewande der arbeitserfreundlichen Humanität befehlen kann. Dem Arbeiter steht es jedoch zu, Zweck und Weisen der „Gewinnbeteiligung“ zu erkennen und nicht in die Lobeserhebungen derer einzulassen, denen es darauf ankommt, den Arbeiter mit einem wieselfeinen Sattenpiel zu überziehen.

* Einen fremdenben Aufsatz erläßt das Organ des Verbandes heutiger Buchdrucker, der Correspondent. In einem an die Verbandsmitglieder gerichteten Aufruf wird von den Anhängern der Opposition verlangt, sie sollten sich der Disziplin unterordnen und sich von Bestrebungen lösen, die nur dahin führen können, uns zu verzerren und ein planvolles Wirken unmöglich zu machen. Nachmal bieten wir die Hand und erwarten, daß unser Appell bei jedem Kollegen, der sich seiner Pflicht als Arbeiter bewußt ist, Gehör findet. — Für diejenigen Kollegen, welche glauben, ihre zugehörige Tätigkeit zum Schaden des Verbandes fortsetzen zu sollen, kann für die Zukunft kein Raum in unserer Vereinigung sein. Wer's mit den Prinzipien zu vereinigen vermag, die Grundsätze der Verbandsbestrebungen zu unterstützen, möge sich diesem „Volksblatt“ ganz widmen, der Verband kann nicht mit Widersachern rechnen, die seinen Interessen absichtlich entgegenhandeln.

Quartal kann ein beliebiger Unternehmer auch nicht einen Lohndruck erlassen, daß den Arbeitern verboten ist, sich an den sozialdemokratischen „Reichsverband“ zu betätigen. In royalter Weise haben auch die Mittelprovinzen die der sozialdemokratischen Stimmung verdächtige Kameraden unter Beobachtung der Jahresfrist abgehaltene Mitgliederbeiträge nicht hinausgeworfen, als es hier durch eine Gemeindefestung gefordert, die nicht müde war, zu versichern, sie stübe auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Der Aufsatz wird mit Recht die allerschärfste Verurteilung leitens der anderen Gewerkschaften finden, und wollen die Buchdrucker der Aufforderung Folge leisten und die oppositionellen Kollegen aus dem Verbande weisen, wie es schon gefordert ist, dann wird das M. Bureau der übrigen Gewerkschaften nur rechtliche Nachtrag erhalten. Es ist einfach und sehr, wann Mitglieder einer modernen Gewerkschaft um demüßigen ihre durch Steuern erzwungenen Rechte verlieren sollen, weil sie in einer faktischen Frage, nämlich in Fragen der Tarifgemeinschaft, anders denken als die gegenwärtige Verbandsleitung. Wandel ist leitens der Opposition seit dem halleischen Buchdruckerstreik im vorigen Sommer geschehen, was auch von den ersten Gegnern der Tarif-

